Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 7-8

Artikel: Aus Erhard Epplers neuem Buch : die vorweggenommene Utopie : Arbeiter- und Friedensbewegung müssen endlich ein Bündnis eingehen

Autor: Eppler, Erhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340004

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

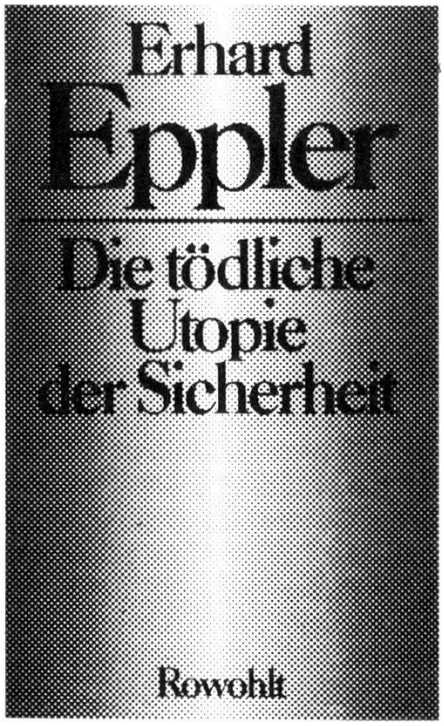
Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die vorweggenommene Utopie

Arbeiter- und Friedensbewegung müssen endlich ein Bündnis eingehen

Erhard Epplers neues Buch «Die tödliche Utopie der Sicherheit» (im Rowohlt-Verlag erschienen) handelt von der schäbigen Utopie absoluter Sicherheit durch die Möglichkeiten totaler Vernichtung. Es handelt vom Irrsinn ängstlicher Feindbilder und vom Wahn, die Welt in Gut und Böse einteilen zu müssen. Aber der schäbigen Utopie, die nur um den Preis fortgesetzter Gewalt gegen die Lebensinteressen der Menschen aufrechtzuerhalten ist, stellt Eppler die bewegende Utopie einer gewaltlosen Weltgesellschaft gegenüber. Um sich ihr anzunähern, bedarf es des internationalen Bündnisses aus neuen sozialen Bewegungen und alter Arbeiterbewegung. Und es bedarf des Mutes eines jeden einzelnen, schon heute «im Kleinen» Zeichen für jenes Utopia der gewaltfreien Weltgesellschaft zu setzen. Die «Rote Revue» druckt Epplers Schlusskapitel «Die vorweggenommene Utopie» in leicht gekürzter Fassung.



Die Utopie von der gewaltlosen Welt erweist ihre Kraft oder ihre Ohmacht darin, ob sie Menschen bewegen kann, hier und heute glaubhafte und unübersehbare Zeichen des Friedens aufzurichten. Die Zeiten der traditionellen Friedenskämpfer, jener ehrenwerten Idealisten, die oft ein Leben lang nicht müde wurden, Frieden und Abrüstung zu fordern, für den Frieden zu «kämpfen», zu «streiten», gehen zu Ende. Denn dieses «Kämpfen» für den Frieden bediente sich meist nur all der Waffen, die im politischen Machtkampf üblich und wohl auch unvermeidlich sind: der überzeichneten Feindbilder, etwa des Militaristen, des Kriegshetzers und Kriegstreibers, des Monopolkapitalisten und seiner Handlanger, schliesslich der Verdächtigungen all derer, die anderer Meinung waren.

Sicher, Frieden wird künftig weniger denn je zu haben sein, wenn nicht Millionen von Menschen dafür einstehen, ohne sich einschüchtern oder verängstigen zu lassen. Auch in diesem Sinn muss Friedensbewegung eine Bewegung des Mutes sein. Aber schon die Form solchen Einstehens, Geradestehens, solchen Aufstehens gegen todessüchtige Utopien muss etwas von dem ausstrahlen und vorwegnehmen, was mit gewaltloser Gesellschaft gemeint ist.

Die Fälle in der Geschichte, in denen wirklich ein Zweck fragwürdige Mittel hätte rechtfertigen oder gar heiligen können, sind wesentlich seltener als jene andern, in denen schmutzige Mittel den grossartigsten Zweck entheiligt, entwertet, unglaubhaft gemacht, ja zum Verschwinden gebracht haben. Das Mittel der Ketzerverbrennung war durch keinen Zweck zu heiligen, aber es hat bis heute die Glaubwürdigkeit der Kirchen untergraben. Die Zwecke des Nationalstaates haben dem Mittel des Krieges keinen Glanz verleihen können, wohl aber spricht heute das Instrument des Krieges gegen den souveränen Nationalstaat.

Gerade wo es um den Frieden geht, können die Mittel den Zweck diskreditieren. Hass, Verleumdung, Feindschaft, Fanatismus, Eitelkeit, Geltungssucht oder gar Gewalt lassen sich nicht in den Dienst des Friedens nehmen. Sie gewinnen sehr bald ihr Eigenleben, machen sich selbständig und werden dann ein normaler Teil jener Welt des Unfriedens, gegen die sie angehen sollten.

Es ist auch durchaus nicht sicher, dass Angst zum Motor des Friedens taugt. Natürlich gehört eine gute Portion Heuchelei dazu, wenn Politiker, die jahrzehntelang von der Angst vor dem Bolschewismus gelebt haben, jetzt darüber lamentieren, dass die Angst vor dem Atomkrieg zu Kurzschlussreaktionen führen könne. Ihnen geht es nicht darum, dass die Menschen keine, sondern dass sie die richtige, nutzbare, ihren politischen Zwecken dienliche Angst haben.

Trotzdem: Angst lähmt. Sie treibt die Menschen meist in die Arme derer, die seit Menschengedenken so etwas wie Sicher-

heit zu verkörpern scheinen. Wenn Mut die Fähigkeit ist, Angst zu überwinden, dann muss die Friedensbewegung eine Bewegung des Mutes, nicht der Angst sein.

Wo Mut wachsen soll, tun wir gut daran, die Angst zu benennen, auszusprechen, so mit ihr umzugehen, dass wir mit ihr fertig werden, nicht sie mit uns. Verdrängte Angst lässt keinen Mut aufkommen. Kraft zum Handeln entsteht, wo wir die Angst vor der Angst verlieren, wo Angst der Hintergrund wird, der dem Mut zum Leben nicht Abbruch tut, sondern ihm seine Tiefendimension gibt. Schon vor einem Vierteljahrhundert hat Günther Anders den «Mut zur Angst» verlangt, allderdings zu einer Angst «besonderer Art».[1]

1. Eine furchtlose Angst, da sie jede Angst vor denen, die uns als Angsthasen verhöhnen könnten, ausschliesst. 2. Eine belebende Angst, da sie uns statt in die Stubenecken hinein, in die Strassen hinaustreiben soll. 3. Eine liebende Angst, die sich *um* die Welt ängstigen soll, nicht nur *vor* dem, was uns zustossen könnte.[1]

Wir lernen heute: Friede breitet sich nur da aus, wo es ansteckend wirkt. Friedensarbeit wird nur wirksam, ihrem Ziel nur angemessen, wenn sie Frieden anschaulich, erlebbar macht, wenn sie Frieden ausstrahlt. Dies heisst aber auch: Wo immer Frieden nicht nur gefordert, eingeklagt, sondern gelebt, praktiziert, ausgestrahlt wird, blitzt etwas von der Utopie der gewaltlosen Welt auf. Dass der 10. Oktober 1981 in die Geschichte Europas einging, ist sicher nicht den Reden zu verdanken, die dort im Bonner Hofgarten gehalten wurden. Geschichtlich wirksam wurde, dass die Tausende von Polizisten, die ein kluger Innenminister so dezent auftreten liess, nicht Steine, sondern Blumen an die Köpfe geworfen bekamen, dass die verängstigten Bonner Geschäftsleute, die ihre Läden vor dem «Mob» meinten sichern zu müssen, beschämt ihre Jalouisen hochzogen.

Ein Zeichen für die Zukunft

Wirksam wurden die 300 000 Menschen, ihr Singen, ihr Lachen, ihre Phantasie, ihre Einfälle, ihre Freundlichkeit und ihre Geduld. Das steckte und steckt an, auch da, wo singende Menschen sich ohne Gegenwehr wegtragen und aufs Polizeirevier transportieren lassen, es steckt sogar manchen Polizisten an, der da keineswegs als Feind begeifert oder als Bulle beschimpft, sondern als pflichtbewusster Staatsdiener in seiner Rolle respektiert wird und allenfalls Mitgefühl erregt. Friedensarbeit kann nur dann — aber dann eben doch — etwas in den Köpfen und Herzen bewegen, wenn sie etwas von der bewegenden Utopie der friedlichen Welt vorwegnimmt. Wo immer Menschen, jüngere oder ältere, für den Frieden demonstrieren, sei es schweigend oder singend, sei es durch Pantomime oder Strassentheater, mit Transparenten oder Plakaten, mit Märschen von Stadt zu Stadt oder bewegungslosem Verharren, muss etwas von jener Utopie gegenwärtig und spürbar sein, die diese Menschen motiviert. Nicht das Schlagwort macht nachdenklich, sondern das Zeugnis von Menschen, das als menschliches Zeugnis wahrgenommen und angenommen wird. Dabei kann das Zeugnis einer einzigen Frau, eines einzigen Mannes mehr bewirken als die Sprechchöre von Tausenden.

Von daher bekommt die Verweigerung des Kriegdienstes einen Charakter, der wohl den Vätern des Bonner Grundgesetzes so noch nicht vor Augen stand. Es geht nicht mehr allein, ja nicht mehr primär um den klassischen Gewissensgrund dessen, der nicht zu töten bereit ist, um sein «ich kann nicht» oder «ich könnte nur um den Preis eines zerbrochenen Gewissens», es geht um ein Zeichen für das, was kommen muss, um das Zeugnis für die gewaltlose Weltgesellschaft. Aber eben auch zu diesem Zeugnis kann das Gewissen drängen. Nur ein individualistisch verengter Gewissensbegriff kann zu dem Missverständnis führen, eine am Überleben aller orientierte Entscheidung sei weniger vom Gewissen gefordert als eine, die nur um Schuld oder Sünde des Betroffenen kreist. Es gibt das Zeichen, das aus dem Gewissen kommt.

Wenn Friedensbewegung sich darin bewährt, dass sie etwas von der Utopie der Gewaltlosigkeit im Zeichen vorwegnimmt, fallen die Barrieren, die vor allem in der deutschen Geistesgeschichte zwischen privatisierter Ethik und politischem Handeln aufgerichtet wurden. Da ist dann nicht mehr aufrechtzuerhalten, was die Exegeten Martin Luthers aus seiner Lehre von den zwei Reichen geschlossen haben: dass zwar für das Reich Gottes das Evangelium, auch die Bergpredigt gelte, im Reich dieser Welt mit ihren — notwendigen — Ordnungen aber das Schwert die letzte Instanz bleibe.

Dann ist auch die ebenso einleuchtende wie bequeme These nicht zu halten, mit der Bergpredigt lasse sich nun einmal keine Politik machen. Wenn Jesus mit Feindesliebe eben nicht Unterwerfung, Anbiederung, also das Kriechen vor dem Feinde meint, sondern, wie uns der jüdische Philosoph Pinchas Lapide nahelegt, die Entfeindungsliebe, die dem andern die Chance gibt, nicht Feind bleiben zu müssen, etwas ande-

res zu werden als der Feind, vielleicht sogar einmal der Freund, dann ist diese Botschaft von der Ent-Feindungsliebe eminent politisch und gleichzeitig unmittelbar praktisch. Denn eben darum, aus Feinden etwas anderes zu machen als Feinde, indem wir den Feind als Menschen annehmen, in ihm unsere eigenen Schwächen, Irrtümer und Sehnsüchte wiederfinden, darum geht es überall, wo Frieden gestiftet werden soll.

Diese Entfeindungsliebe ist, wenn wir Pinchas Lapide folgen, die Alternative zur tödlichen Utopie der Sicherheit: «In unserer verunsicherten Welt liegt der...Friede weder in der Macht unserer Waffen noch in der Distanz vom Gegner, sondern im Herzen eben dieses Gegners, den es einfühlsam und mit Geduld zu entfeinden gilt.»[2]

Wer die Bergpredigt dem Utopia der gewaltlosen Welt zuordnen will, kann sie damit nicht mehr entschärfen, sobald wir verstanden haben, dass sich dieses Utopia überall und immer als Zeichen vorwegnehmen lässt.

Dann fällt auch die fatale Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik, die der geniale Max Weber im Winter 1918/19 in einer polemischen Rede vor Münchner Studenten in die deutsche Diskussion eingeführt hat. Wer hier und heute die lebensnotwendige Utopie von der gewaltlosen Welt zeichenhaft durch sein Tun vorwegnimmt, ist kein «Gesinnungsethiker», der nur um sein eigenes Seelenheil kreist oder sich gar an der eigenen ethischen Überlegenheit berauscht, sondern ein politisch Verantwortlicher, der mit seinen Zeichen auf das Ganze, auf die Gesellschaft, auf das Überleben aller zielt, einer, der Ent-Feindung versucht, weil es ohne sie keine überlebensfähige Menschheit gibt.

Dies muss dann allerdings auch heissen, dass Friedensbewegung nicht ein Feindbild durch ein anderes ersetzen darf. Der Offizier, dem die Friedensbewegung nicht als Feind, sondern als Partner bei der Suche nach dem Frieden gegenübertritt, muss, wie Erfahrungen zeigen, nicht Gegner dieser Bewegung bleiben. Er kann sehr wohl den Zweifeln Raum geben, die ihn vielleicht schon lange beunruhigt haben. Der Politiker, den die Friedensbewegung nicht als hoffnungslos erstarrte Charaktermaske abtut, sondern als möglichen Bundesgenossen anspricht, kann sehr wohl aus dem abstumpfenden Trott seiner politischen Alltagsarbeit herausgeholt werden.

Kein Streit zwischen Gut und Böse

Wenn Sicherheit allein im Herzen des Gegners zu finden ist, dann können wir dem Frieden — und damit einer relativen Sicherheit — nur im Prozess der Ent-Feindung näherkommen. Und wer dies da versuchen will, wo Misstrauen, Angst und Feindschaft sich am übelsten ineinander verknäuelt haben, also zwischen Staaten, Systemen und Ideologien, der muss mit der Ent-Feindung zu Hause beginnen, wo es um die Wege zum Frieden geht. Dies erspart nicht die saubere, oft auch harte Argumentation, aber es gebietet zum Beispiel, dass jedem zuerst einmal der Wille zum Frieden zugestanden wird, dann erst bleibt zu fragen, welcher Weg am ehesten dahin führen kann und welcher auf keinen Fall.

Und es verbietet, dass sich eine Friedensbewegung in Eifersüchteleien und Gruppenegoismus verfängt. Es verhindert, dass die bequeme Selbsttäuschung eines Ronald Reagan, es gehe um einen Streit zwischen Gut und Böse, mit umgekehrten Vorzeichen in die Friedensbewegung eindringen kann. Wer den selbstgerechten Kampf der Guten gegen die Bösen lediglich mit vertauschten Etiketten führen will, gehört nicht zur Friedensbewegung.

Es gibt auch zeichenhaftes Vorwegnehmen, das in den Bereich politischer Entscheidungen hineinreicht. Wenn eine Gemeinde in der Bundesrepublik und ihre Partnergemeinde in der Sowjetunion sich gegenseitig «den Frieden erklären», so hat dies natürlich keinerlei staatsrechtliche Bedeutung, aber es ist ein politisches Zeichen. Wenn eine Gemeinde nach der andern sich zur «atomwaffenfreien Zone» proklamiert, so hat dies zwar keinerlei rechtliche Wirkung, aber die Räte der Gemeinden nehmen als Zeichen etwas vorweg, was sie für das ganze Land — völkerrechtlich bindend — anstreben. Wenn Arbeiter darüber beraten, was sie an Stelle von Granatzündern herstellen könnten, so ändert dies nichts am Wettrüsten. Aber sie setzen ein Zeichen für das, was kommen muss. Vielleicht haben wir bislang der Phantasie viel zu wenig Raum gelassen, wo es um solche Zeichen ging.

Wenn schon eine Abrüstung, die grosse Mittel für die armen Länder freimacht, in weiter Ferne liegt, warum sollten nicht zwei Staaten, etwa die Bundesrepublik und Polen, sich darauf verständigen, einen einzigen Panzer weniger anzuschaffen und das eingesparte Geld für ein gemeinsames Bewässerungs- oder Aufforstungsprojekt in der Sahel-Zone zu verwenden? Warum, wenn schon der Propagandakrieg im Äther zwischen den Weltmächten noch nicht abzustellen ist, schaffen wir (ein Bundesland an der innerdeutschen Grenze, zusammen mit andern, vielleicht

kirchlichen Trägern) nicht einen Rundfunksender, der ausschliesslich der Sachinformation beider Seiten über einander und dem Dialog zwischen beiden dient?

Wenn Frieden heute ein anderes Wort für Leben ist, gehört zu den Zeichen, durch die sich das Utopia des Friedens vorwegnehmen lässt, jede Geste des Friedensschlusses mit der Natur. Es gibt unzählige solcher Zeichen, und niemand sollte sich daran stossen, dass sie oft unscheinbar, für das Ganze der Natur unerheblich sind und vielleicht auch das Lächeln manches Mitbürgers herausfordern.

Auch gegenüber der Natur gibt es so etwas wie eine tödliche Utopie der Sicherheit. Da werden Unmengen von Gift auf die Felder gestreut gegen Schädlinge, die es noch gar nicht gibt, die es aber vielleicht geben könnte. Also müssen die möglichen Schädlinge «prophylaktisch» bekämpft werden, auch wenn damit Millionen von Lebewesen vertilgt werden, denen dieser Vernichtungsfeldzug gar nicht galt. Tiere, in Massen gemästet unter unnatürlichen Bedingungen, werden vorsorglich geimpft und mit Hormonen und Antbiotika traktiert gegen Krankheiten, die bei gesund aufwachsenden Tieren kaum vorkommen.

Flüsse werden begradigt, Weiden und Erlen am Ufer abgeholzt, damit mögliches Hochwasser rasch abfliessen kann. Und dann wundert man sich, wenn bei diesen Flüssen, auch ohne Hochwasser, die Ufer erodieren und sich in die Uferlandschaft hineinfressen.

Wie Zeichen des Friedens heute Zeichen des Lebens sind, so können Zeichen eines wiederhergestellten oder unversehrten Lebens auch zu Zeichen des Friedens werden.

Wo immer ein Stückchen Erde entgiftet wird, wo unzählige winzige Organismen den Boden wieder dauerhaft fruchtbar machen können, wo im Kleinen wieder ein ökologisches Gleichgewicht hergestellt wird, geschieht ein solches Zeichen. Jeder Rosenstrauch, dessen Blüten wieder ahnen lassen, warum einmal der Duft der Rose als betörend gefeiert wurde, jede intelligente Zuordnung von Gemüsen, die sich gegenseitig vor Schädlingen schützen, jeder Apfelbaum, dem gute Düngung die heute üblichen zwei Dutzend Spritzungen erspart, all dies sind Gesten, die auf ein neues Gleichgewicht in der malträtierten Natur weisen. Jedes Kalb, das, wie es Kälber seit Jahrtausenden hielten, wieder seine skurrilen Sprünge auf der Weide vollführt, jede Hecke, die dem Wind widersteht, den Boden schützt und Vögeln Nistplätze bietet, jeder kleine Tümpel, in dem Kröten sich ansiedeln können, nimmt etwas vom Frieden mit der Natur vorweg.

Gewalt durch Solidarität ersetzen

Vom Frieden im Kleinen ist nur ein Schritt zu dem Zeichen des Widerstandes gegen die Zerstörung im Grossen. Wenn unsere Wälder sterben — wir haben uns noch nicht klargemacht, was dies für Klima und Wasserversorgung bedeutet —, dann ist jedes Verhalten, das diesem Sterben entgegenwirkt, ein Zeichen. Wenn Autos Stickoxyde erzeugen, dann können wir unser Auto auch einmal stehen lassen und ein öffentliches Verkehrsmittel benutzen. Vor allem aber — und da beginnt nun wieder die Politik — können wir den Druck auf die Energieversorgungsunternehmen verstärken, damit sie endlich die Entschwefelungsanlagen einbauen, um die sie sich so lange gedrückt haben, und ihre alten Kohlekraftwerke durch modernere, umweltfreundlichere, ersetzen. In jeder Gemeinde lassen sich Signale setzen: Wenn Gemeindeverwaltungen gedrängt werden, weniger Salz zu streuen, Hecken am Wegrand wieder sachgemäss schneiden und nicht von Maschinen zerfetzen zu lassen, das Gras an Strassenrändern mähen und nicht vergiften zu lassen, die Müllabfuhr zu differenzieren oder zur Energiegewinnung zu nutzen.

Jede Ordnung bedarf um so mehr der Gewalt, je ungerechter sie ist. Man kann Gewalt durch Gerechtigkeit, noch mehr durch Solidarität ersetzen. Auch wenn es nie vollständig gelingen dürfte, so zielen doch alle Zeichen für mehr Gerechtigkeit, alle Zeichen der Solidarität auf weniger Gewalt.

Wenn es politisch darum geht, mehr nach Süden als nach Osten zu blicken, so ist jedes kleine Projekt, das uns dazu verhilft, ein Zeichen der Hoffnung. Die Dorfschule auf Haiti, das Eukalyptuswäldchen in Obervolta, die Krankenstation in einer Holzhütte im Regenwald Sumatras, ein paar Brunnen in Eritrea, die mit Sonnenenergie betriebene Wasserpumpe in Peru, das Sozialzentrum in den Slums von Nairobi oder gar die Jutetasche aus dem Dritte-Welt-Laden, das alles ändert zuerst einmal so gut wie nichts am Zustand der armen Völker. Aber es weist in Richtung auf ein politisches Handeln, das helfen könnte. Auch die Spende für «Brot für die Welt» oder «Misereor» bekommt einen Sinn, wenn sie nicht als Ablasspfennig, sondern als — bescheidenes — Zeichen verstanden wird...

Noch einmal: Dies alles sind keine «Lösungen» für «Probleme». Vielleicht gehört es zum mechanistischen Denken einer technokratisch bestimmten Epoche, dass wir immer fragen, welches Problem auf welche Weise zu lösen sei. In Wirklich-

keit werden Probleme selten «gelöst», und dann meist mit dem Erfolg, dass neue, schwierigere sich stellen. Man kann das «Problem» der Energieversorgung so «lösen», dass entweder die Wälder sterben oder die atomare Abrüstung undenkbar wird. Man kann das «Problem» des Autoverkehrs in den Städten so «lösen», dass nachher nichts mehr übrig ist, was den Namen einer Stadt verdient. Man hat das «Problem», die Milliardeneinkünfte der reichen Ölländer in die Industrieländer zurückfliessen zu lassen (Recycling), so gründlich «gelöst», dass die Gesellschaften mancher OPEC-Länder völlig aus dem Gleichgewicht gerieten und sich überdies so verschuldeten, dass die Problemlöser der siebziger Jahre heute einen Zusammenbruch des Finanzsystems befürchten, wenn der Ölpreis wieder sinkt. Mann kann versuchen, das «Problem» der militärischen Sicherheit so zu «lösen», dass schliesslich die «Unverwundbarkeit» von Raketen wichtiger wird als das Überleben eines Kontinents. Probleme werden — glücklicherweise — meist nicht «gelöst», sie werden entschärft, relativiert, in einen anderen Zusammenhang gerückt, auf eine neue Ebene gehoben, verwandelt und überlebt. Menschliches oder gesellschaftliches Leben ist weder einfache noch höhere Mathematik.

Es mag in einer Regierung unerlässlich sein, dass jedes Ressort — und im Ressort jede Abteilung oder gar jedes Referat — an säuberlich isolierten «Problemen» arbeitet.

Nur: die Addition dessen, was dann angeliefert wird, ist noch lange keine Politik. Denn meist schliesst eine «Problemlösung» drei andere aus. Vielleicht ist es fruchtbarer, nicht in Problemlösungen zu denken, sondern in Schritten, mittleren, kleinen, winzigen Schritten in Richtung auf die überlebensfähige Welt. Und in Zeichen, die diese Welt vorwegnehmen.

Dann ensteht auch ein neues Spannungsverhältnis zwischen Politik und Lebensstil. Die Art, wie Politiker leben oder Miteinander umgehen, spricht meist nicht eben dafür, dass sie die «Probleme», von denen sie reden, meistern können. Auf der andern Seite erscheint manches, was an neuem Lebensstil versucht wird, als Flucht, als Ausstieg, als Resignation. Wo im Zusammenleben von Menschen Neues versucht wird, kann es wohl nur dann ansteckend wirken, wenn es als Zeichen für eine überlebensfähige, also friedlichere, gerechtere und solidarischere Welt gelebt wird. Zeichenhafte Vorwegnahme aber ist erst sinnvoll, wenn diese überlebensfähige Welt auch politisches Ziel wird.

Wie Versuche eines neuen Lebensstils sich totlaufen, wo kein gesellschaftliches Ziel sichtbar wird, auf das sie verweisen, so bleibt jeder politische Aufbruch in Richtung auf das Utopia der friedlichen Welt im Gestrüpp unzähliger Widerstände stekken, wenn nicht die Vorwegnahme der Utopie hier und heute immer wieder Zeichen der Hoffnung aufleuchten lässt.

Politik des Friedens hat nur eine Chance, wenn sie mehrheitsfähig wird. Sie kann nur Mehrheiten gewinnen, wenn die Kräfte zusammenfinden, die entweder von ihrer Tradition her einer Welt verpflichtet sind, in der Konflikte nicht mehr mit Gewalt ausgetragen werden, oder die, vom Bewusstseinswandel des letzten Jahrzehnts erfasst, der Realität totaler Bedrohung ihr unbedingtes Ja zum Leben und damit zum Frieden entgegensetzen.

Dabei geht es nicht um ein parteipolitisches, sondern um ein soziales Bündnis zwischen klassischer Arbeiterbewegung und den «neuen sozialen Bewegungen», deren Realität und Gewicht bald niemand mehr wird leugnen können.

Welche Formen dieses Bündnis annehmen soll, muss der Einsicht nachgeordnet werden, dass es unerlässlich ist. Wenn sich diese Einsicht auf beiden Seiten durchgesetzt haben sollte, werden sich Formen finden lassen.

Hoffnungen auf eine lebensfähige Welt

Entscheidend ist der Konsens in der Sache. Und da werden sich die neuen Bewegungen, allen voran die Friedensbewegung, nicht ihr Ziel abhandeln lassen, ihr Utopia von der lebensfähigen gewaltlosen, solidarischen Welt. Wir haben gesehen, dass diese Utopie lebensnotwendig geworden ist, dass sie die einzig konstruktive, Hoffnung schaffende Antwort auf die Möglichkeit des «zweiten Todes» ist.

Die Arbeiterbewegung wird, in mehr als einem Jahrhundert schlimmer und ernüchternder Erfahrungen gereift, vor allem auf die Realitäten verweisen, auf Machtstrukturen und Zwänge. Wir haben gesehen, dass niemand sich ungestraft an der Realität vorbeidrückt, dass aber die Realität erst voll in den Blick kommt, ergreifbar, begreifbar und gestaltbar wird, wenn im Hintergrund Utopia aufleuchtet. So wird das neue Bündnis vor allem damit beginnen müssen, dass beide Seiten die Spannung zwischen Utopie und Wirklichkeit aushalten.

Dies gelingt nur, wenn die neuen Bewegungen erkennen, dass die Vorwegnahme der Utopie nicht ausreicht, nicht den langen, ermüdenden Weg politischer Realisierung überflüssig machen kann, und wenn die alte, reifere, aber eben daher von Resignation und Anpassung bedrohte Arbeiterbewegung begreift, dass es nötig, hilfreich ist, die grosse Utopie im Klei-

nen vorwegzunehmen. Die Zeichen werden erst sinnvoll, wenn sie auch politisch etwas bewegen wollen, der politische Aufbruch zum Utopia der lebensfähigen Welt bedarf immer neuer Zeichen, wenn er nicht im Morast von Sonderinteressen und Korruption stecken bleiben soll. Weil Friedenspolitik auf Zeichen des Friedens angewiesen ist, braucht die klassische Arbeiterbewegung die neuen sozialen Bewegungen. Und weil Zeichen des Friedens nur Hoffnung geben, wo sie eine realistische Politik des Friedens ermutigen können, brauchen die neuen Bewegungen die Arbeiterbewegung...

1) Günther Anders, Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München 1981, S.98.

2) Aus Pinchas Lapide. Mit einem Juden das Evangelium lesen, in Vorbereitung für GTB-Taschenbücher, Gütersloh.

Hat die Sozialdemokratie noch kulturelle Vorstellungen?

Für einen neuen Kulturbegriff

Von Linda Stibler

Hat die Linke — und die Sozialdemokratie im besonderen — klare kulturpolitische Vorstellungen? Diese Frage lässt sich zurzeit tatsächlich stellen. In den letzten Jahrzehnten beschränkte sich linke Kulturpolitik auf Feuerwehrübungen innerhalb eines bürgerlich orientierten Kulturgeschehens. Hauptsächlich ging es darum, die Meinungsfreiheit der Kulturschaffenden zu verteidigen. Mehr grundsätzliche Gedanken machte man sich zur Bildungspolitik. Im neuen Parteiprogramm sind immerhin Ansätze zu einem neuen kulturpolitischen Selbstverständnis vorhanden.

Kulturelle Aktivitäten nahmen in der traditionellen Arbeiterbewegung einen zentralen Stellenwert ein. Ihren Ausdruck fanden sie in den zahlreichen Arbeiter-Kulturorganisationen, die zu Beginn dieses Jahrhunderts gegründet wurden und in den ersten Jahrzehnten von nicht zu unterschätzender Bedeutung waren.

Auf zwei Wurzeln gehen diese Arbeiter-Kulturorganisationen zurück. Einerseits auf die klassische marxistische Kritik am bürgerlichen Kulturbetrieb, von dem die Massen weitgehend ausgeschlossen blieben: So heisst es schon im kommunistischen Manifest: «Wie für den Bourgeois das Aufhören des Klasseneigentums das Aufhören der Produktion selbst ist, so ist für ihn das Aufhören der Klassenbildung identisch mit dem Aufhören der Bildung überhaupt. Die Bildung, deren Verlust er bedauert, ist für die enorme Mehrzahl die Heranbildung zur Maschine...» Oder an anderer Stelle: «Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.»

Anderseits aber schaffte die soeben errungene Arbeitszeitverkürzung zu Beginn dieses Jahrhunderts erst die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung der geistigen Kräfte der Arbeiterschaft. Die Arbeiter-Kulturorganisationen verstanden sich einerseits sehr bewusst als Alternative zum bürgerlichen Kulturbetrieb. Sie sahen in der kulturellen Auseinandersetzung ein Mittel zur Befreiung der schöpferischen Kräfte der Werktätigen. Anderseits waren die Arbeiter-Kulturorganisationen die ersten Freizeiteinrichtungen der Arbeiterschaft — aber schon damals mit dem Anspruch, Freizeit zu gestalten und nicht bloss zu konsumieren. Nicht von ungefähr gab es unter ihnen auch viele Abstinentengruppen.

Umfassendes Kulturverständnis

Damit wurde aber zwangsläufig der Begriff Kultur auf viele Lebensbereiche erweitert, die das herkömmliche Kulturverständnis sprengten. So waren zum Beispiel die Sportorganisationen keine Institutionen zur Förderung der Ertüchtigung oder des Wettbewerbs, sondern vor allem Orte der Gemeinschaftlichkeit. Wichtige Glieder in dieser Kette waren die Touristenvereine und die Bildungsveranstaltungen innerhalb der Parteien oder in sachbezogenen Gruppierungen. Indem die Arbeiter-Kulturorganisationen für die Massen der Werktätigen, die auch bildungsmässig benachteiligt und vernachlässigt waren, neue Türen aufstiessen, bekamen diese Organisationen Bedeutung und Zulauf.

Dieses umfassende Kulturverständnis, das letztlich sogar in der Forderung mündete, Kultur in alle Lebensbereiche — auch in die Arbeitswelt — einfliessen zu lassen, war allein schon eine revolutionäre Tat der Arbeiterbewegung. Diese Idee war eng verknüpft mit den Idealen der Arbeiterbewegung, mit dem Glauben an die Machbarkeit einer besseren und gerechteren Zukunft. Das war — wenn man es so sagen darf — der schöpfe-